

# Sattler-Tapezierer- und Vorteseviller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Vorteseviller-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbarung auf Postcheck. Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschl. Freitag

## Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai!

Wenn die Arbeiter und Angestellten am 1. Mai dieses Jahres ihren unerschütterlichen Glauben an eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft bekunden, so mißbilligen sie nicht nur die jetzige Gesellschaftsordnung, sondern sie sprechen ein vernichtendes Urteil über sie aus.

Noch nie waren die wirtschaftlichen Gegensätze des Kapitalismus so scharf und offensichtlich: dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Vermehrung von Gütern und Reichümern stehen namenloses Elend und endlose Leiden der Arbeiterklasse gegenüber.

Trotzdem seit dem Weltkrieg erst wenige Jahre verfloßen sind und es dem Kapitalismus noch nicht gelungen ist, die durch den Krieg entstandenen gewaltigen materiellen und moralischen Schäden zu heilen, hat er die Menschheit politisch und wirtschaftlich neuerdings in die schlimmste Krise gestürzt. Die Arbeiterklasse ist dem bittersten Elend ausgeliefert; ihre bescheidenen Errungenschaften werden bedroht und unterbunden. Die wildesten Leidenschaften, Haß und Fanatismus wenden sich in heftigem Kampfe gegen die Demokratie.

Die Kapitalisten wußten bis heute zur Lösung der Wirtschaftskrise keine anderen Mittel ausfindig zu machen als Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Unterdrückung der sozialpolitischen Institutionen und Gesetze, d. h. die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung und die Steigerung des Elends. Auf politischem Gebiet gehören ihre offenen oder uneingestanden Sympathien dem Faschismus, diesem zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft des Kapitalismus errichteten Systems des Zwanges, des Terrors und der Gewalt.

Angesichts der erhöhten Gefahren und der ernstesten Bedrohungen des Augenblicks fällt der Arbeiterschaft die Aufgabe zu, ihren Kampf für die Demokratie und die Verwirklichung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen mit noch mehr Kraft und Fähigkeit fortzusetzen.

Im Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer Ziele muß es die Arbeiterschaft zu erreichen wissen, daß der soziale und technische Fortschritt nicht mehr den Interessen einer Minderheit dient, sondern der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltung, der Befriedigung der körperlichen und geistigen Bedürfnisse aller Menschen, der Bereitung einer höheren Gesellschaftsordnung.

In diesem Geiste hat die im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesezte Gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die brennendsten Fragen der jetzigen Krise geprüft und versucht, die sich mit Notwendigkeit aus ihr ergebenden Schlüsse zu ziehen.

Den Heilmitteln des kapitalistischen Unternehmertums hat die Arbeiterschaft ihre eigenen Mittel gegenüberzustellen:

- Verkürzung der Arbeitszeit!**
- Hochhaltung der Löhne! Bezahlter Urlaub!**
- Heraufsetzung des Schulentlassungsalters!**

Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert am 1. Mai:

**Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit!**

**Arbeit und Brot für alle!**

**Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialversicherung!**

**Abrüstung!**

**Frieden!**

### Erweiterung und Ausbau der sozialen Fürsorge und Versicherung!

#### Vermehrung der öffentlichen Arbeiten usw.

Der Wirtschaftsapparat und die wirtschaftlichen Neuerungen aller Art, wie Rationalisierung, Kartelle, Monopole, Kreditssysteme usw., sollen in bessere Übereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der Gesamtheit gebracht werden.

Es gilt, die Angriffe der faschistischen Reaktion mit höchster Energie durch einen unerbittlichen Kampf gegen dieses die Demokratie, die Freiheit und Menschenwürde bedrohende Ungeheum zu beantworten.

Mit der bloßen Aufzählung der den Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit dienenden Lösungen ist es jedoch nicht getan, sondern es muß auch alles versucht werden, um diese Lösungen mit aller der Arbeiterklasse innewohnenden Fähigkeit und Macht sowie mit festem Willen und Begeisterung durchzuführen.

Der gegenwärtige Augenblick ist zu ernst und zu kritisch, um sich noch länger durch eitle Gegensätze und unfruchtbare Tendenz- und Richtungsstreitigkeiten aufhalten zu lassen.

Die Zusammenfassung und Einigung aller Kräfte der Gesamtheit, die in der menschlichen Gesellschaft nach mehr Wohlergehen und Gerechtigkeit streben, ist eine der dringenden und unumgänglichen Voraussetzungen des Sieges unserer Sache. Die Arbeiterorganisationen sollen in diesem großen Kampf Sammel- und Stützpunkt sein.

Eine der größten und ernstesten Aufgaben des Augenblicks ist ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Wie auf anderen Gebieten und vielleicht noch mehr als auf allen anderen Gebieten ist es hier von größter Wichtigkeit, allen Winkelzügen ein Ende zu setzen und den Gegensatz zwischen den Wünschen und der bestehenden Sachlage, zwischen übernommenen Verpflichtungen und erreichten Resultaten zu beseitigen.

Wohl anerkannten die Mitgliedstaaten des Völkerbundes feierlich den im Friedensvertrag niedergelegten Grundsatz, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen erfordert“; seit zehn Jahren ist jedoch auf diesem Gebiet kein entscheidender Schritt unternommen worden. Endlich sind nun durch die für den Monat Februar 1932 anberaumte allgemeine internationale Abrüstungskonferenz günstige Aussichten eröffnet worden.

### Arbeiter und Angestellte!

Das Jahr 1931 ist für euch ein Jahr der Vorbereitung der Geister zugunsten des Friedens und der Abrüstung! Ihr müßt das Gewissen aller jener wachrufen, denen die Erhaltung unserer Kultur und Zivilisation nahegeht!

Unser Erfolg wird bedingt durch die Erhaltung und den Ausbau der freien Gewerkschaften, den Kampf für anständige Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit, den Sieg der Demokratie und der Freiheit!

# Eine Warnung der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben am 23. April an den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning und an das Reichskabinett folgende Rundgebung gerichtet:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenschaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Eindämmung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigterem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städte der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtiger Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gefeierte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Sachverständigenkommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienens erwartet werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere

Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beiträge- und Einnahmehilfen zur Deckung der Lasten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungszweige zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber sachlich in allen Punkten ablehnen. Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmerschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Unruhe und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unleugbaren Tatsachen bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.

## Vierter Bauarbeiterchutz-Kongress.

Montag, den 8., und Dienstag, den 9. Juni 1931 in Berlin.

### Tagesordnung:

- a) Eröffnungsrundgebung im Plenarsaal des Reichstags. Begrüßungsansprache (Theodor Leipart). Zweck und Ziel des Bauarbeiterchutzes (Rita-Laus Bernhardt).
- b) Kongreßtagung im großen Saal des Gewerkschaftshauses.
  1. „Die Entwicklung des Bauarbeiterchutzes bis zur Gegenwart“ (Rob. Sacha).
  2. „Zusammenlegung und Aufgaben der Bauarbeiterchutzkommissionen“ (Gustav Wüß).
  3. „Erfassung und Verhütung von Berufskrankheiten im Baugewerbe“ (Dr. F. R. Meyer-Brodnig).
  4. „Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren“ (Franz Brisl).
- c) Besichtigung der Bauausstellung.

Die Besichtigung des Kongresses geschieht durch die Verbände der Zentralverbände und die Landeskommissionen für Bauarbeiterchutz. Den freigewerkschaftlich organisierten Baukontrolleuren soll die Teilnahme am Kongress ermöglicht werden.

### Der Vorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Zum IV. Bauarbeiterchutz-Kongress.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschloffen, einen Bauarbeiterchutz-Kongress für den 8. und 9. Juni d. J. nach Berlin einzuberufen. Der letzte Kongress dieser Art fand im August 1913 in Leipzig während der Internationalen Bauhausausstellung statt. In den dazwischenliegenden 18 Jahren hat sich auf dem Gebiete des Bauarbeiterchutzes manche Wandlung vollzogen. Der Kongress wird daher sowohl rückblickend zu der bisherigen Entwicklung Stellung zu nehmen, als auch für die künftige Förderung des Bauarbeiterchutzes die Richtung anzugeben haben.

Als Auftakt für den Kongress ist eine allgemeine Rundgebung im Plenarsaal des Reichstages vorgesehen. Hierzu sollen Vertreter der Reichs- und Landesministerien, der staatlichen und kommunalen Baubehörden, der Berufsgenossenschaften, der sozialen Vereinigungen, Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten usw. eingeladen werden. Voraussetzungen sind auch Vertreter der Internationale der Bauarbeiter, der Metallarbeiter und der Steinarbeiter und auch eine Abordnung des Internatio-

## Anhaltende Arbeitslosigkeit untergräbt die Volksgesundheit.

Die anhaltende große Arbeitslosigkeit lastet immer härter auf den davon Betroffenen. In der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit ist die Unterstützung zwar das einzige regelmäßige Einkommen des Arbeiters, aber häufig ist noch ein Notpennig oder es sind andere Notquellen vorhanden, um die Lebenshaltung zu bestreiten. Je länger aber die Arbeitslosigkeit dauert, desto mehr erschöpfen sich diese Gelegenheiten und die Not leidet in verschärfter Form ein. Zu der schwersten wirtschaftlichen Not kommt hinzu die stetig wachsende Gefährdung der Volksgesundheit. Herr Dr. Julius Wolfes bringt in seinem Buch „Arbeitslosigkeit — ein Problem der Volksgesundheit“, Urteile einer Reihe führender Ärzte, die durch ihren Beruf dauernd mit der Arbeiterchaft in Verbindung stehen und wohl instand sind, ein Urteil abzugeben. Lassen wir die Herren selbst sprechen.

### Nachteil für die heranwachsende Jugend.

Herr Professor Berliner sagt darüber:

... Aber ein großer volksgesundheitlicher Schaden liegt nicht so sehr in der Not des einzelnen, vielmehr ist die Gesamtheit gefährdet. Durch das Erkranken der Widerstandsfähigkeit des einzelnen wird die Ausbreitung von Volksleiden begünstigt, sei es chronisch vorlaufender Krankheiten, wie die Tuberkulose, sei es akuter Epidemien, wie Typhus, Pest, Diphtherie, Grippe usw. Je größer die Zahl der Schwächlichen ist und je ungünstiger die hygienischen Verhältnisse, in denen sie leben, um so rascher und um so weiter breiten sich die Krankheiten aus...

Auf der Innere Trieb der Arbeitslosen nicht so groß, so verfallt er infolge seiner Entbehrungen langsam einer Pathologie, in der er unter menschenunwürdigen Bedingungen mit einem unglaublich niedrigen Minimum gerade noch sein Dasein fristen kann, sofern er nicht vorher durch einen Selbstmord seinem hungrieren Leben ein Ende gemacht hat. Beide Formen der Auswirkung der Arbeitslosigkeit sind ein schlechtes Vorbild für die heranwachsende Jugend und bedeuten eine schwere Gefahr für unsere gerade in letzter Zeit aufgenommenen eugenischen Bestrebungen. Ist es doch das Ziel, der heranwachsenden Jugend

möglichst ein besseres Erdenleben bereiten zu können, als es uns beschieden war."

### Nachteilige Folgen für Männer jeden Alters.

Auch die älteren Arbeiter und die Männer mittleren Alters haben schwer zu leiden. Herr Medizinalrat Dr. Dohrn, Hannover, schildert diese Lage:

... Am schwersten betroffen werden von der Erwerbslosigkeit die älteren männlichen Arbeiter, denen die Arbeit ein Lebensbedürfnis ist. Wenn man sie fragt: „Siehl Ihnen was?“, so erhdit man oft zur Antwort: „Herr Doktor, mir fehlt nichts als die Arbeit“. Es ist eine bekannte Tatsache, daß fleißige Arbeiter, denen die Arbeitsmöglichkeit plötzlich entzogen wird, seelisch und körperlich schwer leiden und auch daran direkt zugrunde gehen können. Es ist so, als ob ihnen ein Teil ihres eigenen Ichs genommen wäre. Ebenso wie mancher alte Mann den Verlust der Ehefrau nach langer glücklicher Ehegemeinschaft nicht überwinden kann und als etwas Halbes nicht weiter fortzuleben vermag, so geht es diesen, aus ihren Lebensgewohnheiten herausgerissenen Leuten. Das trifft auch auf die älteren Erwerbslosen zu. Diese werden körperlich schlaff und leiden schwer unter dem seelischen Druck: „Uns alte Leute wollen sie nicht mehr bei der Arbeit haben“. Sie luchen oft mit allen Mitteln etwa vorhandene Schäden ihres Körpers zu verheimlichen, um nicht Gefahr zu laufen, deswegen noch weiterhin vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden...

Unter den Männern des mittleren Alters nimmt die große Zahl derer einen breiten Raum ein, die durch irgendwelche körperliche Leiden in ihrer Arbeitsfähigkeit behindert sind. Hier spielt die Tuberkulose eine erhebliche Rolle. Ob die Verbreitung der Tuberkulose durch die Erwerbslosigkeit zugenommen hat oder nicht, dürfte schwer zu entscheiden sein. Sicher ist, daß durch die ungünstigen Ernährungsverhältnisse die Tuberkuloseentwicklung begünstigt werden kann. Soweit die tuberkulösen noch erwerbsfähigen Arbeitslosen aber einen Mangel an Ernährung leiden, wird dieser vielfach durch Gewährung von Milch und Stärkungsmitteln durch die Fürsorgestellen und andere Fürsorgeeinrichtungen ausgeglichen.

Andererseits kommt der Stellung Tuberkulöser und der Verhütung des Wiederaufstadiums eines inaktiven tuberkulösen Prozesses die durch die Arbeitslosigkeit

bedingte Ruhe zugute. Vom Standpunkt der Bekämpfung der Tuberkulose aus erscheint es richtig, tuberkulöse oder tuberkuloseverdächtige Erwerbslose zugunsten der Befunden nach Möglichkeit vom Arbeitsmarkt auszuschalten...

### Gesundheitsschäden für Mutter und Kind.

Mit der Lage der werdenden Mutter und dem Schicksal der Neugeborenen beschäftigt sich Herr Dr. Max Hirsch. Er sagt da u. a.:

„Ganz besonders unheilvoll aber wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal des Neugeborenen. Ich habe dieser Frage im Rahmen meiner in den nächsten Tagen erscheinenden Monographie über Mutterchaftsfürsorge einige Worte der Betrachtung gewidmet und die Forderung aufgestellt, daß die Schwangerenberatung und der Mutterchutz besonderes Augenmerk auf diejenigen Frauen zu richten haben, die durch eigene Arbeitslosigkeit oder durch Arbeitslosigkeit des Mannes benachteiligt sind. Und es scheint mir ein durchaus erwägenswerter Gedanke, daß auch das Gesetz über die Wochenhilfe durch eine dahingehende Verordnung ergänzt wird. Daß Mängel der Ernährung und der übrigen Lebensumstände zur Zeit der Schwangerschaft auf Gewicht und Lebensfähigkeit des Neugeborenen einen ungünstigen Einfluß ausüben, ist eine nicht mehr bestreitbare Feststellung.“

### Rettung kann nur Verkürzung der Arbeitszeit bringen.

Wir könnten noch eine Anzahl weiterer Urteile namhafter Ärzte über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bringen, glauben uns jedoch mit den angeführten begnügen zu können. Fest steht, daß es für die Reichsregierung die allerhöchste Zeit ist, ernsthafte Maßnahmen zur Abstellung der Arbeitslosigkeit und zur Behebung ihrer gesundheitsschädlichen Begleiterscheinungen zu treffen. Die Vorschläge der Braunkohlenkommission sind zöghaft und unzureichend und lassen selbst bei ernsthafte Durchführung, eine Besserung nicht erwarten. Der Kampf um die beschleunigte Herabsetzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit muß darum mit unerhöhrlicher Energie fortgeführt werden.

nalen Arbeitsamtes an dem Kongress teilnehmen. Die Eröffnung wird durch den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Kollegen Leiper, erfolgen. Dann wird der Kollege Bernhard, Vorsitzender des Deutschen Bauergewerksbundes, in großen Zügen Zweck und Ziele unserer Bauarbeiterbeschützungen umreißen. Um auch den Hunderttausenden von Bauarbeitern, die nicht am Kongress teilnehmen können, Gelegenheit zu geben, den Verhandlungen zu folgen, ist beabsichtigt, die Kundgebung im Reichstag auf den Deutschlandsender zu übernehmen.

Die weiteren Verhandlungen finden alsdann im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses statt. In dieser Tagung wird zuerst der Kollege Sachs vom ADGB, einen Ueberblick über die Entwicklung des Bauarbeiterbeschützes in den letzten zwei Jahrzehnten geben. Anschließend wird der Kollege Wiß vom Deutschen Bauergewerksbund das Aufgabengebiet der örtlichen Bauarbeiterbeschütz-Kommissionen behandeln und dabei insbesondere die den Kommissionen sich bietenden Möglichkeiten zur Förderung des Bauarbeiterbeschützes aufzeigen. Da die Bauarbeiter neben erheblichen Unfallgefahren auch einer Anzahl gesundheitlicher Schädigungen ausgesetzt sind, wird der Kollege Dr. Meyer-Brodnick die Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten vom medizinischen Standpunkte erläutern. Schließlich sollen in einem weiteren Vortrag die Rationalisierungsbestrebungen im Baugewerbe und die dabei sich zeigenden neuen Gefahren behandelt werden. Ueber dieses Thema wird der Leiter der Hamburger Bauhütte, Kollege Briel, sprechen. Bei den einzelnen Tagesordnungspunkten werden auch die Vertreter der Behörden Gelegenheit haben, sich zu den aufgeworfenen Fragen zu äußern. Ebenso werden auch die Delegierten ihre der Praxis entstammenden Erfahrungen und Vorschläge auf dem Gebiete des Bauarbeiterbeschützes dem Kongress unterbreiten können.

Eine gemeinsame Besichtigung der Bauausstellung soll den Abschluß der Tagung bilden. Die Delegierten werden hier — insbesondere im gewerkschaftlichen Teil der Ausstellung — Gelegenheit haben, sich über den Stand des Bauarbeiterbeschützes in Modellen, Bildern und graphischen Darstellungen zu informieren.

Die Delegierten werden durch die Referate, durch die Besichtigung der Bauausstellung sowie durch die Möglichkeit gegenseitigen Meinungsaustausches eine Fülle neuer Anregungen zur weiteren Förderung des Bauarbeiterbeschützes erhalten. Darüber hinaus soll die ganze Tagung ein Ansporn für alle Bauarbeiter werden, allen widrigen Verhältnissen zum Trotz, mit allen Kräften auf den bisher beschrittenen Wegen zur Abwehr der vielseitigen Gefahren der Arbeit erfolgreich weiterzuschreiten.

### Generalangriff auf die Kriegsofopferversorgung.

Von Johannes Noa, 2. Bundesvorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

Wer in diesen Tagen durch die Strafen der Groß- und Mittelstädte gemandelt ist, dem ist auch sicherlich ein wirkungsvoller Plakatanschlag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten aufgefallen, der seine Mitgliedschaft dadurch zu eindringlichen Waffentendungen zusammenberufen will.

Warum dieser Aufruf! Das ist die Frage, die sich wahrscheinlich so manchem nicht Kriegsbeschädigten Staatsbürger aufdrängen wird. Nun, um es kurz zu sagen, man hat fast allgemein den großen Krieg 1914—1918 vergessen. Man hat vergessen, daß von 18 Millionen Männern, die Deutschland in dieser Zeit unter den Fahnen hatte, 2 Millionen ihr Leben gelassen haben und 4 Millionen erheblich in den Kämpfen verwundet worden sind. Die Zahl der verorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten betrug im Jahre 1920 noch rund 1 1/2 Millionen, heute nur noch rund 840 000, aber nicht etwa, weil sich die Verden gebessert haben, sondern weil sich die Gesetzgebung verschlechtert hat und mehr als eine halbe Million Kriegsbeschädigter in der Inflation mit lächerlich geringen Papiermarkbeträgen abgefunden wurde. Daneben sind noch rund 375 000 Kriegerverwunden, 600 000 Kriegerwitwen und 360 000 Kriegerkinder zu verlorren.

1917 gegründet, setzte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten seine ganze Kampf- und Schlagkraft ein, die materielle Versorgung der Kriegsofopfer zu verbessern. Legtman im Jahre 1927 gelang es besonders in seinen Bemühungen, wenigstens erhebliche Vorteile für die Kriegsbeschädigten, weniger erhebliche Vorteile für die Kriegerhinterbliebenen durch die 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, das die Versorgung regelt, zu erlangen.

Die Versorgung der Kriegsofopfer war noch nie zufriedenstellend geregelt. Zumal ist die hinterbliebenenversorgung so niedrig gestaltet, daß in der allgemeinen Wohlfahrtspflege höhere Richtigkeits in Geltung sind als das Reich Renten zahlt.

Besonders die politische und wirtschaftliche Entwicklung des letzten Drittels des Jahres 1929 und der darauf folgenden Jahre haben dann eine rückläufige Entwicklung in der Reichsversorgung zur Folge gehabt. 32 Millionen Mark, die im Jahre 1928 bei der Hinterbliebenenversorgung eingepart waren, wurden nicht — wie erwartet — zum weiteren Ausbau der Versorgung verwendet, sondern für andere Zwecke ausgegeben. 25 Millionen Mark wurden allein an Kapitalabfindungen im April 1929, weitere erhebliche Millionenbeträge im August 1929 gedroffelt. Ferner wurden 1928 5 Millionen Mark, die für Erziehungsbeiträge zur Verfügung gestellt waren, für die allgemeine Finanzverwaltung verbraucht. Der Reichswohnungsfürsorgefonds wurde um die Hälfte auf 6,5 Millionen Mark ermäßigt, die Mittel für Kapitalabfindungen im Jahre 1930 zwar auf 49 Millionen Mark festgesetzt, jedoch bei weitem nicht in dieser Höhe ausgezahlt. Im Jahre 1931 wurden diese Mittel weiter auf 10 Millionen Mark gekürzt. Die Abbaurücklage des Reichsarbeitsministeriums jagten einander. Rechtseingriffe auf allen Gebieten der Versorgung wurden vorgenommen, die Heilbehandlung verschlechtert und besonders die Mittel für die Härteversorgung und Jugendberziehung in unerhörtem Maße reduziert.

Der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter für das Jahr 1931 sieht eine Gesamtausgabe von rund 1,6 Milliarden Mark vor. Davon entfallen jedoch an Ausgaben für die Versorgung der alten Behrmacht nur 1,3 Milliarden Mark, was eine Minderung gegenüber den Vorjahren um mehr als 100 Millionen Mark bedeutet. Zwar wurde noch die

endgültige Regelung ihrer Ansprüche. Sie sind sich im Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Pflichten darüber einig, daß sie einen guten Kampf kämpfen und ein Recht haben auf eine Verwirklichung ihrer Forderungen noch zu ihren Lebzeiten. Ein Rentenabbau ist somit unangebracht.

Daher Hände weg von der Verjorgung der Kriegsofopfer!

### Dänemark in die Krise hineingerissen.

Das einzige Land Europas, das bis Ende 1930 die Folgen der allgemeinen Krise der Weltwirtschaft nicht spürte, ja sogar Zeichen eines Aufstiegs aufwies, war Dänemark. Die günstige Lage Dänemarks ergab sich daraus, daß dieses Land landwirtschaftliche Veredelungsprodukte (Butter, Eier, Speck usw.) in großem Umfang ausführt, während die dänische Landwirtschaft die zur Herstellung dieser Produkte benötigten Futtermittel nicht selbst erzeugt, sondern sie einführt. Da infolge der allgemeinen Krise der Weltmarkt die Futtermittelpreise auf dem Weltmarkt einen gewaltigen Preissturz erlitten, so konnte die dänische Landwirtschaft ihren Futtermittelbedarf zu außerordentlich niedrigen Preisen decken, während die Preise der Veredelungsprodukte bei weitem nicht in dem Maße wie die Futtermittelpreise sanken. Aus dieser Spanne entstandene erhebliche Gewinne für die dänische Landwirtschaft, die die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung erhöhten; dadurch hob sich auch der Absatz von Industrieerzeugnissen. Nun ist es aber mit dieser Herrlichkeit vorbei. Die Weltmarktpreise für die von Dänemark ausgeführten landwirtschaftlichen Produkte gingen in letzter Zeit infolge von Ueberproduktion und Schrumpfung der Weltkaufkraft in der Welt stark zurück, und so sanken auch die Ausfuhrerlöse der dänischen Landwirtschaft in großem Umfang, zumal ein weiteres Absinken der Futtermittelpreise nicht erfolgte. Diese Lage wirkt auch auf die dänische Industrie nachteilig zurück, so daß sie bereits eine hohe Arbeitslosigkeit aufweist. Ende Februar gab es in der dänischen Industrie 71 000 Arbeitslose, was allerdings zum Teil saisonmäßig bedingt war. Die günstige Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1930 drückt sich in den hohen Dividenden der Industrieunternehmungen aus. Bei den ersten Zeichen einer Konjunkturverschlechterung wollen die dänischen Unternehmungen zu Lohnsenkungen schreiten und sind im Begriff, eine Ausbreitung in großem Umfang vorzunehmen.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

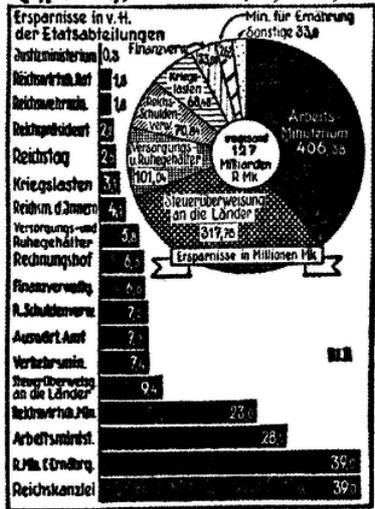
Braunschweig. In einer sehr gut besuchten Versammlung referierte Kollege Gerhardt (Berlin) über das Thema: „Die richtige Gewerkschaftspolitik in der heutigen Wirtschaftskrise.“ Einleitend gab der Referent eine Skizze über die rasche Entwicklung, die die moderne Technik in dem letzten Jahrzehnt genommen hat; schilderte das Aufkommen der Gewerkschaften und gab eine Uebersicht über die Entwicklung derselben sowie über die Positionen, die diese heute einnehmen. Zur Arbeitszeitfrage übergehend, stellte er dieselbe in den Brennpunkt der heutigen sozialen Rat und wies darauf hin, daß diese gleichfalls bedingt ist durch die technische Entwicklung und besonders durch den Ueberreifer der Rationalisierung. Vermies darauf, daß die Gewerkschaften (ADGB) schon im Herbst vergangenen Jahres die 40-Stunden-Woche forderten, weil angesichts des großen Arbeitslosensheeres nichts anderes übrig bleibt, als die Herabsetzung der Arbeitszeit. Er kritisierte den Lohnabbau und verwies darauf, daß die Gewerkschaften denselben nicht nur verurteilen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Mit dem Hinweis, daß die Organisation allein dazu imstande ist, diese Zeit zu überwinden, schloß der Redner seine Ausführungen.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, welche der Meinung waren, daß eine Arbeitszeitverkürzung uns nicht allein helfen kann, wenn der nötige Lohnausgleich fehlt. Die Gewerkschaften sollen ernste Schritte unternehmen, um diesem System bald ein Ende zu bereiten.

Im Schlußwort ging Kollege Gerhardt auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein. Carl Wildner.

Chemnitz. Versammlung am 21. März 1931. Erschienen waren zu dieser Versammlung auch unser Hauptkassierer Riedel aus Berlin und der Gauleiter für den Freistaat Sachsen, Kollege Böhm, Dresden. Vor Eintritt in die Versammlung erhoben sich die Kollegen zur Ergrung unseres so plötzlich verstorbenen Bezirksleiters, des Kollegen August Braun, von dem Prägen. Riedel und Schulze berichteten über die durch das Ableben von Braun entstandene Lage. Von einer Neubestellung des Bezirksleiterpostens soll abgesehen werden. Die am Ort zu erledigenden Verbandsgeschäfte müssen, wie dies früher der Fall gewesen ist, von den Kollegen ehrenamtlich ausgeführt

### Ersparnisse im Reichshaushalt



seit Wochen beratene „Sparermächtigung“ in das Reichshaushaltsgesetz aufgenommen und betont, sie erstreckte sich nicht auf Etatsansätze, die auf gesetzlich festgelegten Ansprüchen beruhen. Trotz aller Dementi lauten aber die aus sicheren Quellen stammenden Informationen des Reichsbundes dahin, daß in den nächsten Monaten eine neue Rotverordnung Einsparungen auf Etatgebieten bringen wird, deren Umfang heute gesetzlich festgelegt ist und auf denen Abschnitte nur mit Anwendung des Artikels 48 möglich sind. Man will dabei auch die Kriegsbeschädigtenrenten antasten.

Weitere Einsparungen auf diesem Gebiete sind aber nicht möglich. Das erkannte auch das Reichsarbeitsministerium, nicht so aber das Reichsfinanzministerium, das die durch Hingabe von Gesundheit und Leben wohlverordneten Rechte der Kriegsofopfer anzutasten wagt.

Hunderttausende würden vor Radikalisierung bewahrt bleiben, wenn der Versorgungshaushalt unangestastet bliebe, verringern sich doch die Lasten in den nächsten Jahren automatisch, so daß 1940 gegenüber 1931 schon jährlich 300 Millionen Mark für die Kriegsofopfer weniger aufzubringen wären, wenn man davon Abstand nehmen will, diese natürlichen Einsparungen für durchaus notwendige Verbesserungen der Versorgung zu verwenden. Erinnerung sei an die Erklärung des Reichsarbeitsministers Dr. Bissell vom 16. April 1929, in der er betont, es sei noch eine ganze Reihe von Härten vorhanden, deren Beseitigung bringen erwünscht sei. Diese Tatsache bestünde trotz aller rückläufigen Novellen zum Reichsversorgungsgesetz. Und diese Erklärung hat auch heute unter der Wirtschaftskrise noch Geltung.

Die Kriegsofopfer haben 17 Jahre nach Kriegsbeginn — damals lautete es anders — immer noch keine

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Tapezierergewerbe.

**Bielefeld.** Die Vertragsparteien haben vereinbart, daß der Tariflohn vom 1. April bis zum 1. Juli 1931 auf 1.— Mk. festgesetzt wird.

**Königsberg.** Der Tariflohn beträgt ab 1. April 1931: 1,03 Mk.

**Hamein.** Die Kollegen der Stuhlpolsterei befinden sich im Ausstand. Die Betriebe sind gesperrt.

#### Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der am 1. März 1931 abgeschlossene Lohnarif für die Treibriemenindustrie Bezirk Bayern-Württemberg ist mit Wirkung vom 1. April 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Allgemeinverbindlichkeit ist eingetragen am 18. April 1931 auf Blatt 85 977 Ifd. Nr. 2 des Tarifregisters.

Der am 2. März 1931 abgeschlossene Lohnarif für das Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationsgewerbe in Stadt und Amtshauptmannschaft Dresden, ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 18. April für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist eingetragen am 21. April 1931 auf Blatt 8554 Ifd. Nr. 3 des Tarifregisters mit Wirkung vom 1. April 1931.

Desgleichen wurde durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 20. April 1931 der am 4. Februar 1931 abgeschlossene Lohnarif für das Sattlergewerbe (Handwerksbetriebe) im Freistaat Sachsen für allgemeinverbindlich erklärt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist eingetragen am 22. April 1931 auf Blatt 8116 Ifd. Nr. 8 des Tarifregisters mit Wirkung vom 1. April 1931.

werden. Die Bearbeitung des bisherigen Agitationsbezirks Chemnitz wird dem Gauleiter Böhme übertragen werden.

Die anschließende Wahl zur Neubesezung der Posten ergab die Wahl des Kollegen Silbermann zum Kassierer. Für die dadurch frei werdenden Posten wurden gewählt: Kollege Schreiter als Schriftführer und Kollege Scholz als Unterkassierer.

Niedel erläutert in längeren Ausführungen die Auswirkung der Krise in unserem Verband. Infolge der dauernden Arbeitslosigkeit sind die Ausgaben für Unterhaltungen stark angewachsen; auch ist ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Unterhaltungseinrichtungen des Verbandes sind so ausgebaut, daß eine Gefahr für die Zukunft nicht besteht. Redner spricht weiter über Pflichten und Rechte der Erwerbslosen. Nur wenn alle Kollegen den Verpflichtungen, deren Erfüllung zur Aufrechterhaltung der Organisation notwendig ist, nachkommen, wird unser Verband bei eintretender besserer Geschäftslage schlagfertig dastehen und die Verluste in der Zeit der Krise wieder ausgleichen. Eine Anfrage des Kollegen Wieland betreffend Weiterzahlung der Inoanwendungsulage während der Arbeitslosigkeit beantwortet Niedel dahin, daß er bei Einführung der Inoanwendungsulage für Weiterzahlung eingetreten sei, doch wurde dieser Vorschlag nicht angenommen. Nun kann erst wieder der kommende Verbandstag zu dieser Frage Stellung nehmen.

Schulze berichtete von den Lohnverhandlungen der Tapezierer und ist somit kein ergebnisloses Ergebnis erzielt. Den Bericht über die Verhandlungen für die Treibriemenindustrie erstattete Böhme, Dresden. Durch Schiedspruch wurde leider ein Abbau von 4 Pf. in der Spitze vorgelesen.

Kollege Franz beantragte eine gründliche Buchkontrolle für die Agitation, sowie Mithilfe an derselben. Kollege Schulze wies noch auf die Fragebogen zur Entlastung der Betriebe und forderte die Kollegen sowie Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auf, sich zu melden. Kollege Niedel gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die Kollegen freudig bereit erklärt haben, die Arbeiten in der Verwaltungsstelle wieder ehrenamtlich zu übernehmen.  
Eugen Silbermann.

### Deutsche Hochschule für Politik.

Die Vorlesungen des Sommersemesters begannen am Montag, dem 27. April 1931. Die Aufnahmen der ordentlichen Studierenden erfolgt bis zum 12. Mai 1931. Das Vorlesungsverzeichnis kann gegen Einzahlung von 30 Pf. vom Sekretariat (W. 66, Schinkelplatz 6) bezogen werden.

Wir verweisen insbesondere auf den Lehrgang des Sozialpolitischen Seminars (Wirtschaftshochschule), der sich über vier Semester erstreckt; ferner auf die Befreiungen des Marxistischen Arbeitskreises sowie auf die Vortrags- und Ausspracheabende der jungen Generation; endlich auf den Volkshilfnerkursus, den die Deutsche Hochschule für Politik gemeinsam mit der Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet.

### Fremde Sprachen.

Anfang Mai beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angeestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre) Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter, Gastwirtsangestellte usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Betrag von 10 Mk. erhoben. Erwerbsloslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kurien unentgeltlich geliefert. Anmeldestellen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin N 54, Rosenthaler Straße 13.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

**Wilhelm Bod 85 Jahre.** Am 28. April feierte der langjährige Redakteur des Zentralorgans der Schuhmacher, Genosse W. Bod, seinen 85. Geburtstag. Bereits seit dem Jahre 1873 war er ununterbrochen als Redakteur tätig bis zum Jahre 1920, wo er in den Ruhestand trat. Dem Deutschen Reichstag gehörte Wilhelm Bod seit 1877 an. Sechs Jahrzehnte deutscher Arbeiterbewegung hat der Jubilar in den ersten Reihen des Kampfes gestanden und ein Vorbild von Treue und Opfermut gegeben.

### Rundschau

Die Deutschen haben ein zu großes Herz. Nach dem Bericht eines englischen Sportblattes hat der Londoner Arzt Dr. E. Smith im Anschluß an die letzten olympischen Spiele in Amsterdamm interessante Untersuchungen über das Herz und seine Tätigkeit bei den verschiedenen Nationen mit Beziehung auf den Sport vorgenommen. Das Ergebnis dieser Untersuchung gipfelt in der Behauptung, daß die Deutschen das größte Herz hatten und infolgedessen auch bei den internationalen Wettkämpfen in der holländischen Hauptstadt verhältnismäßig nur geringen Erfolg aufweisen konnten. Bei den Amerikanern wurde ein deutlich kleineres, straffereres Herz gefunden. Auch die Herzgröße der Engländer blieb unter der der Deutschen. Dr. Smith führt das kleine Herz bei den Amerikanern auf strengstes Training, unvollkommene Alkoholabstinenz und ausreichende Nachruhe zurück. Danach scheint das Herz der Deutschen nicht genügend geschont und ausgebildet worden zu sein.

**Forterbung der Ledigensteuer bis zum 31. März 1932.** Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß die Arbeitgeber auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 verpflichtet sind, den Zuschlag zur Lohnsteuer der ledigen Arbeitnehmer, der ursprünglich am 31. März 1931 außer Kraft treten sollte, bis zum 31. März 1932 — also für das ganze Rechnungsjahr 1932 — weiter zu erheben. Der Zuschlag beträgt bei Tantiemen, Gratifikationen und anderen einmaligen Einnahmen 1 Proz., die gesamte Lohnsteuer also 11 Proz. der einmaligen Einnahmen. Bei laufenden Bezügen ist der Ledigenzuschlag wie bisher zu berechnen.

**Der Geburtenüberschuß.** Seit dem Kriege ist in Deutschland ein gleichmäßiger Rückgang der Geburten zu beobachten. Würde nicht auch die Zahl der Sterbefälle, auf 1000 Einwohner berechnet, zurückgehen, so hätten wir bereits keinen Geburtenüberschuß mehr. Dieser betrug auf 1000 Einwohner im ersten Normaljahr, dem Jahre 1922, noch 28, während er heute nur noch 17,9 ausmacht. Die Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner betrug 1922 noch 14,4; heute nur noch 12,6. (Im Jahre 1928 sogar nur 11,6.) Man sieht also, wie diese beiden Kurven sich immer mehr nähern, und es ist zu erwarten, daß wir in weiteren zehn Jahren einen Geburtenüberschuß in Deutschland nicht mehr zu verzeichnen haben, wenn die Entwicklung in gleicher Weise sich fortsetzt.

In Berlin ist ein „Reichsausschuß für Krebsbekämpfung“ gegründet worden. Während dem „Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit“ die wissenschaftliche Erforschung der Krebskrankheit obliegt, will der neue Reichsausschuß die organisatorischen Maßnahmen für die Bekämpfung des Krebses als Volkskrankheit im Deutschen Reich anregen und durchzuführen. Zum Vorsitzenden ist der Ministerialdirektor Dr. Dammann im Reichsministerium des Innern, zum Stellvertreter der Leiter des Berliner Krebsinstituts, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Ferdinand Blumenthal, gewählt worden. Dem Präsidium gehören auch Vertreter der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger an.

### Bücherschau

Neuererscheinungen im Verlag J. F. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin.

Friedrich Stampfer: Grundbegriffe der Politik. Zweite, völlig überarbeitete Auflage. Preis gebunden 4,50 Mk., farr. 3,60 Mk. Zweite Aprilnummer der Gemeinde. Zeitpreis 0,50 Mk. Beschreibungen nehmen alle Volksbuchhandlungen, Postanstalten und der Verlag J. F. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, entgegen.

Mary-Engels und der kapitalistische Staat. Herausgegeben von Paul Krammffmeyer und F. B. Weber. Das Werk kostet 30 Pf. und ist durch alle Volksbuchhandlungen zu beziehen.

„Hilft Arbeitsdienstpflicht gegen Arbeitslosigkeit?“ (Schib. Ichib. — „Dietrich“) Verlag J. F. W. Dieck Nachf., Berlin 1931. 16 S. mit Illustrationen und kartonierter farbiger Umschlag. Preis 20 Pf.

Nur und verständlich werden in dieser neuen Schrift die Pläne einer Arbeitsdienstpflicht behandelt und auf ihre Durchführbarkeit geprüft. Dabei ist der Verfasser in der Lage, so viele Gründe finanzieller, politischer Art gegen die Arbeitsdienstpflicht anzuführen, daß er mit Recht zur Ablehnung kommt.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Dom 27. April bis 3. Mai ist der 18. Wochenbeitrag 1931 fällig.

**Pflichtliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.**

**Berichtskarten pünktlich einsenden!** Alle Verwaltungen, die die Berichtskarte über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende April 1931 noch nicht eingekandt haben, werden dringend ersucht, das Besäumte bis zum 8. Mai nachzuholen.

**Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückbliden:**

Bamberg.

Steinfelder, Adam, Sattler.

Brandenburg a. d. H.

Lüdtke, Therese, Näherin.

Müller, August, Sattler.

Breslau.

Wiedemann, Julius;

Zarte, Gustav;

Braunet, Fritz;

Daum, Paul.

### Veranstaltungskalender

**Neustadt-Giere.** Dienstag, den 28. April 1931, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung beim Gastwirt Odenhölzger. Tagesordnung: Waifeyer, Besprechung über Familienausflug. Restliches Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. Die Ortsverwaltung.

**Zeitz.** In unserer Mitgliederversammlung am Freitag, dem 8. Mai, findet die Wahl der Delegierten zu der am 27. und 28. Juni in Zeitz stattfindenden Bezirkskonferenz statt. Erscheinen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

**Zeitz.** Achtung, Jugendgruppe! Die Zusammenkünfte der Lehrlingsabteilung finden jetzt regelmäßig jeden Montag im Jugendheim statt. Beginn derselben 19 Uhr. Wenn ihr euren Jugendleitern und der Ortsverwaltung die Lust und Liebe an der Arbeit nicht verlieren wollt, so ist es dringend notwendig, daß ihr in Zukunft etwas mehr Aktivität zeigt. Die Jugendleitung.

### Adressenänderungen

**Duderstadt.** Kass.: Richard Koch, Westertor Nr. 28.

**Greifswald.** Kass.: Wilhelm Viese, Gebre-Witte-Straße 42.

**Kreuznach.** Kass.: Rudolf Wolf, Sternstraße 6.  
**Königsberg i. Pr.** Vorl.: E. Dannehl, Womwendener Straße 16. Kass.: E. Jaeger, dritte Fließstr. 15.

**Ulm a. d. Donau.** Kass.: Binzeng 65 b, Reu-Ulm, Schützenstr. 31 II.

### Sterbetafel

**Berlin.** Am 14. April starb unsere Kollegin, die Tapeziermalerin Mathilde Ehler, im Alter von 45 Jahren.

**Brandenburg a. d. H.** Am 16. März starb unser Kollege, der Sattler Paul Höpner, im Alter von 58 Jahren.

**Hamburg.** Am 17. April starb unser Kollege, der Tapezierer Ferdinand Mansfeld, im Alter von 66 Jahren.

Ehret ihrem Andenken!

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

## Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Zennow 2120

Anzeigen die dreispalt. Beilage 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
herg. Gebühreneinfindung auf Postfach 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschl. Freitag

### Dem Lohnabbau folgt Brotverteuerung.

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich ist in den letzten Wochen etwas zurückgegangen. Diese Erscheinung hat allerdings nur einen vorübergehenden konformmäßigen Charakter. Dagegen hat die allgemeine Lohnsenkung weitere Lohngebiete ergriffen und das Unternehmertum ist am Werk, eine erneute Lohnabbauaktion einzuleiten. Während die Schanzmacher glauben machen möchten, die Belebung der Wirtschaft sei nur auf dem Wege über die Lohnsenkung zu erreichen, stellt es sich immer mehr heraus, daß die Herunterzerrung der Löhne zur Kaufkraftschwächung weiter Kreise der Bevölkerung und damit zur Lähmung des für die Heberwindung der Krise entscheidenden inneren Marktes führen mußte.

Die Reichsregierung hat den Versuch gemacht, der Arbeiterschaft die sinkenden Löhne mit der Verbeugung auf Preisabbau schmackhaft zu machen. Durch die Verbilligung der Waren sollte dem Arbeiter der Reallohn gewährleistet werden; auch sollte dadurch der Woblag so gesteigert werden, daß die Arbeitslosen, deren Kaufkraft heute dem Markt fehlt, ihren Arbeitsstellen wieder zugeführt werden könnten. Tatsächlich sehen wir etwas ganz anderes. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Umfang an, und es besteht sehr geringe Hoffnung, daß sich in absehbarer Zeit die Marktlage bessern wird. Dagegen sehen wir über das ganze Reich eine Bewegung, die auf Verteuerung der Lebensmittelpreise hinauft. Besonders sind es die Bäckermeister, die eine allgemeine Steigerung der Brotpreise anstreben. In einer Anzahl Städten ist dies bereits vor sich gegangen, weitere Annungen dürften nachfolgen.

Für weite Schichten der Bevölkerung ist die Steigerung der Brotpreise völlig untragbar, und die Reichsregierung wäre verpflichtet, derartigen Treibereien Einhalt zu gebieten. Sie kann das, indem sie von

den Roggenvorräten, über die sie verfügt, bestimmte Mengen auf der Markt wirft, um dadurch eine Reduzierung der Mehlpreise herbeizuführen. Ein weiteres Mittel hat die Reichsregierung im Zerkermäßigungsgezet in der Hand, nach dem Zölle herabgesetzt werden müßten, wenn im Inland die Mehlpreise eine gewisse Grenze überschreiten.

Die Reichsregierung schreit davor zurück, diesen Weg zu gehen, weil sie den Interessenten an hohen Mehlpreisen nicht weh tun will. Dagegen hat Herr Schiele, der Reichsernährungsminister, eine besondere Idee, indem er die Einführung des Kommissbrottes als Volksnahrungsmittel in Vorschlag bringt. Die Preissteigerung soll durch die Qualitätsverschlechterung vermieden werden. Vielleicht tut Herr Schiele noch ein übriges und läßt durch einen Sachverständigen den wissenschaftlichen Nachweis führen — wir kennen ja den Kummel noch vom Kohlrübenwinter her —, daß dieses neue Kommissbrot gerade für die unterernährte Bevölkerung ein besonders beförmliches Nahrungsmittel darstellt.

Die Reichsregierung geht achlos an der wachsenden Verzweiflung weiter Kreise des Deutschen Volkes vorüber. Sie ist dem Drängen der Unternehmer nach Lohnkürzung gefolgt, weil ihr die Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit zur Durchführung dieser Maßnahmen besonders günstig erschien. Die Lohnsenkungen haben nicht zur Behebung der Arbeitslosigkeit geführt, sondern die Kaufkraft der Massen weiter untergraben und das allgemeine Elend verstärkt. Jetzt wollen die Interessenten die Massen weiter auspowern. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Reichsregierung darauf besinnt, daß es ihre Pflicht ist, diesem gewissenlosen Treiben mit aller Energie entgegenzutreten.

### Zur Frage des „Doppelverdienens“.

Die Brauns-Kommission vermag vollständig in der Frage des Doppelverdienens. Sie scheidet die Doppelverdiener in:

1. Personen, die mehrere Arbeitnehmertätigkeiten ausüben, sei es, daß sie neben einer die regelmäßige Arbeitszeit in Anspruch nehmenden Tätigkeit eine zweite regelmäßige Tätigkeit ausüben, sei es, daß sie neben ihrer regelmäßigen Tätigkeit gelegentlich und von Fall zu Fall eine weitere Tätigkeit ausüben (Musiker, Kellner und dergleichen).

2. Personen, die selbständig sind (Landwirte, Gewerbetreibende, freie Berufe usw.) und die daneben noch unselbständige Arbeitnehmertätigkeit ausüben.

3. Bezüher von Einnahmen aus Pensionen, Wartegeld, Sozialrenten usw., die daneben aber noch in bezahlter Arbeitnehmertätigkeit stehen.

4. Endlich die Form des Doppelverdienens, wo in einem Familienhaushalt zwei oder mehrere Einnahmen fließen (Arbeit der Ehegatten, Kinder usw.).

Bezüglich der Doppelverdiener zu Punkt 1 empfiehlt die Kommission, daß die Behörden die Nebenbeschäftigung von vollbeschäftigten Beamten und Dauerangestellten stärker überwachen und nur in ganz seltenen Ausnahmefällen zulassen sollen. Gegen die Pensionäre und Wartestandsbeamte, die ihr Einkommen aus Pensionen und Wartegeld durch Bezüge aus bezahlter Arbeitnehmertätigkeit noch erhöhen, vermag der Brauns-Ausschuß völlig. Die Doppelbeschäftigung mit hohen Pensionen ausgefallener Offiziere und Beamten sind für sie „heißes Eisen“, und deshalb verucht man die Frage damit abzutun, daß ihr nur eine „geringe arbeitsmarktpolitische Bedeutung“ zukomme. Die Kommission beruft sich

darauf, daß bereits ein entsprechender Entwurf den eingehenden Körperkassen vorliegt.

Die in diesem Entwurf niedergelegten Grundzüge können uns nicht genügen. Nach diesem Entwurf bleibt ein Arbeitsverdienst bis zu jährlich 6000 Mt. ohne Anrechnung, wobei der übersteigende Betrag nur zur Hälfte auf die Pension anzurechnen ist. Eine Anrechnung in solchen Grenzen würde allerdings arbeitsmarktpolitisch keinen Erfolg haben, aber es bleibt die große Anzahl der erheblich unter diesen Grenzen liegenden Fälle, wo nicht einzusehen ist, warum der Pensions- oder Wartegeldbezieher voll im Genuß der Bezüge aus nebenher laufendem Arbeitsverdienst bleiben soll.

Die Brauns-Kommission beschränkt sich bezüglich dieser Frage darauf, zu empfehlen, daß verheiratete Beamtinnen nach Möglichkeit aus dem Dienst ausscheiden. Hier ist es sogar zu einem Mehrheits- und einem Minderheitsgutachten gekommen. Auch das ist merkwürdig. Bei einer mehr als peripheren Frage scheiden sich die Geister in Mehrheit und Minderheit. Bei den großen entscheidenden Fragen der Arbeitszeit besteht Einmütigkeit. Der Mehrheitsbeschluss will die verheirateten Beamtinnen durch Abfindungsummen zu freiwilligem Ausscheiden veranlassen. Die Minderheit will das grundsätzliche Kündigungsrecht unter Zubilligung einer entsprechenden Abfindung. Bei der geringen Zahl der verheirateten Beamtinnen ist für uns diese Frage nebensächlich.

Bezüglich der unter 4. genannten Fälle, also verschiedene Einkommensquellen innerhalb einer Familie, kommt die Kommission zu folgenden Empfehlungen:

Den privaten Arbeitgebern soll die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse bei der Besetzung von Ar-

beitsplätzen empfohlen werden. Sie sollen in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen, daß bei Entlassungen und Einstellungen die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden. Das ist nichts Neues. Denn das Betriebsratsgezet gibt der Betriebsvertretung diese Richtlinien schon seit je. Und vernünftige Betriebsvertretungen werden nicht erst seit gestern nach diesen Richtlinien handeln. Außerdem sollen die Arbeitsämter bei der Zuweisung in Arbeit die sozialen Verhältnisse der Arbeitssuchenden gebührend berücksichtigen. Auch dieses ist nicht neu. Der Vorstand der Reichsanstalt hat die Arbeitsämter bereits wiederholt auf eine gebührende Würdigung dieses Grundgesetzes hingewiesen.

So bleibt letzten Endes nur eine Empfehlung, die den Arbeitgebern und den Betriebsvertretungen auferlegen will, „die Belegschaften daraufhin durchzuprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen im Betriebe vorhanden sind und ohne unbillige Härte und Vorzicht ist die Mutter der Weisheit! ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können“. Grundsätzlich könnten wir diese Empfehlung anerkennen. Die Gefahr besteht nur darin, daß sich hierin die positiven Vorschläge der Brauns-Kommission bezüglich des Doppelverdienens erschöpfen, und daß nun aller Einfluß angewandt wird, um mindestens hier eine Bekämpfung des Doppelverdienens durchzuführen. Hier droht die Gefahr sozialpolitischer Inerträgigkeit, während in den Fällen, wo sozialpolitisch eine Bekämpfung des Doppelverdienens gerechtfertigt wäre, die Kommission vollständig vermag. Wir können verweisen auf die Entschließung des Bundesauschusses des ADGB, vom 27. März 1929. In dieser Entschließung wird der Standpunkt vertreten:

„Daß es in Zeiten großer und langandauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhalts brauchen.“

Die Entschließung wendet sich aber gleichzeitig gegen eine sozialpolitisch untragliche Liebertätigkeit und gegen die Verletzung der Rechte der Frau auf Arbeit. Die Entschließung lautet:

„Bei der Anwendung dieses Grundgesetzes ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, wenn in erster Linie oder sogar ausschließlich verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht den beabsichtigten Zwecken dienen. Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders vor den Mitgliebrern der Gewerkschaften nicht angefaßt werden. Nach außerordentlichen Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, dann müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.“

Es wird daher in jedem Falle sehr ernsthaft zu prüfen sein, ob berechtigtweise die Entlassung gefordert werden kann in den Fällen, wo Mann und Frau erwerbstätig sind. Insbesondere wird stets auch tatsächlich Gewähr gegeben sein müssen, daß die freierwerbenden Stellen nimmehr auch nach sozialen Gesichtspunkten besetzt werden. Würden die freigemachten Stellen etwa wieder durch Doppelverdiener besetzt oder würde etwa die Entlassung älterer, besser bezahlter Arbeitnehmer ausgeglichen durch die Neueinstellung jüngerer, schlechter bezahlter Kräfte, so